

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 3

vom 21. Januar 2011
Redaktion: Katja Richardt

Bürgerschaftswahl 2011

Senat schafft Grundlage für die Durchführung der Hamburg-Wahlen 2011 2

Inneres

Zwölf weitere Maßnahmen gegen Gewalt..... 3

Wirtschaft und Hafen

Airbus stärkt Endlinienkompetenz in Hamburg11

Schule, Jugend und Berufsbildung

Stadtteilschulen geben sich eigenes Leitbild.....12

Bessere Berufsperspektiven für Jugendliche in Hamburg.....15

Zeugnissorgen? REBUS anrufen.....18

Soziales, Familie und Gesundheit

Auswertung der Kita-Beiträge liegt vor.....19

Arbeit mit Jungen wird gestärkt.....21

Wieder mehr Geburten in Hamburg.....23

Wissenschaft und Forschung

Hochschulbau-Finanzierung soll neue Organisationsform erhalten25

Kultur

Behörde zeichnet Künstlerischen Leiter der Hamburger Camerata aus.....26

Internationale Bauausstellung IBA

Bürgermeister Ahlhaus informiert sich über Fortschritte des IBA-Projektes Energiebunker27

Zur Information

Terminkalender30

18. Januar 2011/bis18a

Senat schafft Grundlage für die Durchführung der Hamburg-Wahlen 2011

Wahlordnung an die geänderten Gesetze für die Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen angepasst

Heute hat der Senat eine Änderung der Wahlordnung beschlossen und so die letzten rechtlichen Grundlagen für die Hamburg-Wahl 2011 geschaffen. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Anpassungen an die Änderungen der Wahlgesetze vom 7. Juli 2009.

Kernstück ist die neue „Auszählung zur Feststellung der vorläufigen Verteilung der Bürgerschaftssitze“, die noch am Wahlabend stattfindet. Dabei werden nur die eindeutig gültigen Stimmen für die einzelnen Landeslisten der Parteien gezählt. Auf Basis dieser vereinfachten Teilauszählung der gelben Landeslisten-Stimmzettel kann vorläufig festgestellt werden, wie viele der 121 Bürgerschaftssitze auf welche Partei entfallen. Wegen des neuen Wahlrechts mit jeweils fünf Stimmen für die vier Stimmzettel kann eine Vollauszählung auch nur der Landeslisten am Wahlabend nicht gewährleistet werden.

Landeswahlleiter Willi Reiß: „Ich bin froh, dass wir der Öffentlichkeit noch am Wahlabend wenigstens ein vorläufiges Ergebnis der Sitzverteilung bieten können.“

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ralf Kunz und Frank Reschreiter, Tel. 040 - 42839-2673,

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

18. Januar 2011/bis18

„Gewalttäter werden Konsequenzen noch schneller spüren“

Zwölf weitere Maßnahmen gegen Gewalt / „Kommission des Senats gegen Gewalt im öffentlichen Raum“ legt Ergebnisse vor

Die „Kommission des Senats gegen Gewalt im öffentlichen Raum“ hat am heutigen Dienstag im Rathaus ihre Ergebnisse vorgestellt. Zwölf Maßnahmen werden speziell junge erwachsene Gewalttäter, aber auch jugendliche Täter im Fokus haben. Dazu gehören unter anderem

- die weitere Beschleunigung der Strafverfolgung,
- die Verschärfung des Waffenrechts,
- die Verschärfung des Strafrechts,
- die Eindämmung des Schulschwänzens in Berufsschulen,
- der Ausbau der Sozialarbeit und der Prävention vor Ort in den Bezirken sowie
- der Entzug der Fahrerlaubnis bei Gewalttätern.

Der Senat knüpft mit diesem Maßnahmenpaket an zum Teil bereits seit vielen Jahren erfolgreich laufende Projekte und Programme an – zum Beispiel an das Handlungskonzept gegen Jugendgewalt, die Maßnahmen gegen Gewalt auf St. Pauli oder die Sicherheitskonferenzen, vor allem im Bezirk Harburg.

Innen- und Justizsenator Heino Vahldieck: „Es ist vor allem die Gewaltkriminalität, die das Sicherheitsgefühl der Menschen besonders beeinträchtigt. Die Ergebnisse der Kommission sind ein weiteres deutliches Signal dafür, dass wir Gewalttaten nicht hinnehmen. Straftäter, die andere um ihre Gesundheit bringen, müssen neben dem Strafverfahren mit weiteren Konsequenzen rechnen. Wenn ein Täter nach seiner Tat die staatliche Reaktion schnell und heftig spürt und vielleicht darüber hinaus noch seinen Führerschein verliert, dann besteht die Chance, dass künftig weniger Gefahr von ihm ausgeht. Und wenn ein 18-Jähriger einen Mord begeht, dann muss es grundsätzlich lebenslänglich geben können – und keine Jugendstrafe. Wir müssen auch in Zukunft gemeinsam alles tun, um den Schutz der Bürger vor Gewalttätern weiter zu verbessern.“

Sozial- und Schulsenator Dietrich Wersich: „Mit den zwölf Maßnahmen, die wir behördenübergreifend entwickelt haben, legen wir ein stimmiges Konzept vor, das das Verhindern von Taten ganz deutlich im Blick hat und Maßnahmen vorsieht, die verhindern sollen, dass junge Menschen zu Tätern werden. Prävention ist der beste Opferschutz und deshalb genauso wichtig, wie die Sanktion von Taten. Die vorbeugende Arbeit, die viel mit Vertrauen und der Präsenz vor Ort zu tun hat, kann der Staat nicht alleine leisten. Dazu braucht es Engagement in den Quartieren, wie es die Kiezläufer auf der Veddel zeigen oder wie es die Sicherheitskonferenzen in Harburg hervorbringen. Ich bin davon überzeugt, dass beide Projekte auch in anderen Stadtteilen Erfolg haben können. Die

Hamburger sind engagiert und viele würden sich gerne mehr in ihrer Nachbarschaft einsetzen – warum nicht auch, indem sie sich um die Sicherheit sorgen?“

Die Kommission des Senats wurde Ende Juni 2010 eingesetzt, nachdem es einige brutale Gewaltvorfälle gab, die kurz hintereinander stattfanden. Auch Polizeibeamte in Neuwiedenthal waren Ziel einer Attacke. Die Kommission erarbeitete in den vergangenen Monaten zusätzliche, neue Maßnahmen, die an bereits bestehende Projekte anknüpfen und diese zum Teil ergänzen und erweitern. Gewalttaten in der Öffentlichkeit, zum Beispiel gefährliche und schwere Körperverletzungen, werden zu einem großen Teil von jungen Erwachsenen im Alter von 21 bis 30 Jahren verübt; diese Tätergruppe stand bei der Arbeit der Kommission im besonderen Fokus.

Zu den erfolgreichen bestehenden Programmen gehören unter anderem die zehn Maßnahmen des Handlungskonzepts gegen Jugendgewalt, die Fortschreibung des "Landesaktionsplans Opferschutz" sowie die Maßnahmen gegen Gewalt auf St. Pauli (Videoüberwachung, Waffenverbot, Glasflaschenverbot, Einrichtung eines Gefahrengebiets, Polizeipräsenz), aber auch die begleitende Sozialarbeit und die Sicherheitskonferenzen vor allem im Bezirk Harburg.

Die Kommission des Senats gegen Gewalt im öffentlichen Raum hat entschieden, die folgenden **zwölf Maßnahmen** neu einzuführen bzw. zu erweitern:

Federführung Innen- und Justizbehörde:

1. Beschleunigte Strafverfolgung auch bei über 21-jährigen: Ausweitung von PROTÄKT („Projekt Täterorientierte Kriminalitätsbekämpfung“) auf PROTÄKT II

Die Strafverfolgung wird künftig auch bei gefährlichen jungen erwachsenen Gewalttätern weiter beschleunigt und intensiviert. Unter der Bezeichnung „PROTÄKT II“ wird hierfür ein Sonderdezernat bei der Staatsanwaltschaft eingerichtet. Im Fokus werden dabei die gut 150 gefährlichsten bei der Polizei bekannten Intensivtäter stehen, die älter als 21 Jahre sind. In diesen Fällen wird es einen schnelleren Informationsaustausch zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft geben, und die täterbezogenen Vorgänge werden dort stets von denselben Mitarbeitern bearbeitet. Durch diesen kurzen Dienstweg kann schnellstmöglich ein Haftbefehl geprüft und Anklage erhoben werden. In den PROTÄKT-Täterakten werden die persönlichen Lebensverhältnisse dokumentiert und dem Gericht mit der Anklage übersandt. Dieses umfangreiche Wissen über den Lebenslauf und die Defizite des Täters ermöglichen vor Gericht noch zielgenauer, geeignete Haftstrafen und Bewährungsauflagen zu verhängen. Damit wird die bereits bei jugendlichen Gewalttätern angewandte Arbeit von PROTÄKT unter dem Namen „PROTÄKT II“ auf junge Erwachsene ausgedehnt, die bestimmte schwere Straftaten begangen haben, zum Beispiel gefährliche und schwere Körperverletzungen.

2. Beschleunigtes Verfahren bei jugendlichen Straftätern entsprechend dem „Neuköllner Modell“: Spürbare Sanktion schon innerhalb eines Monats

Für geeignete Fälle wird bei jugendlichen Tätern das beschleunigte Verfahren nach dem so genannten „Neuköllner Modell“ eingeführt. In diesem vereinfachten und schnelleren Jugendverfahren folgt die Strafe nach bestimmten Taten auf dem Fuße. Das Ziel ist, kriminelle Karrieren zu unterbinden, indem durch eine rasche Sanktion von vornherein verhindert wird, dass sich Jugendliche an kriminelle

Lebensgewohnheiten gewöhnen. Rechtsgrundlage für dieses beschleunigte Verfahren sind die §§ 76 ff. Jugendgerichtsgesetz (JGG).

Besonders geeignet für die Anwendung des vereinfachten Jugendverfahrens sind zum Beispiel Zwischenfälle in der Schule (Diebstahl, Körperverletzung), nach denen die Täter neben den sofortigen pädagogischen Konsequenzen auch prompt die strafrechtlichen Folgen ihres Handelns zu spüren bekommen. Durch die Schaffung der notwendigen organisatorischen Voraussetzungen bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgericht (zum Beispiel die Etablierung fester Ansprechpartner und die Abstimmung über kurze Kommunikationswege) sollen die Verfahren innerhalb eines Monats bearbeitet und abgeschlossen werden.

Bei heranwachsenden, über 20jährigen Beschuldigten, für die § 76 JGG nicht anwendbar ist, wird die Beschleunigung der Verfahren über § 417 StPO verstärkt.

3. Verbot für Gewalttäter, erlaubte oder erlaubnispflichtige Waffen zu besitzen: Gesetzesinitiative auf Bundesebene

Gewalttäter sollen künftig nicht mehr die Möglichkeiten haben, mit erlaubten, legal zu erwerbenden Waffen umzugehen. Hamburg wird dazu eine Gesetzesinitiative auf Bundesebene anstoßen. Bei Gewalttätern werden häufig Zweifel bestehen, dass sie mit erlaubten Hieb- und Stoßwaffen (z.B. Dolche) oder mit genehmigungspflichtigen Waffen und Munition rechtstreu umgehen. Die von diesen Personen ausgehenden Gefahren für die Sicherheit der Menschen können durch eine verstärkte Anwendung des Waffengesetzes (§ 41 WaffG), das so genannte „Waffenverbot für den Einzelfall“, deutlich verringert werden. Dieses Instrumentarium wird in Hamburg bereits genutzt: Seit der Zentralisierung der Waffenverwaltung bei der Polizei (Juli 2003) bis Oktober 2010 wurden aufgrund von Einzelfallprüfungen insgesamt rund 2.300 Waffen- und Munitionsverbote erteilt. Diese aufwändige Einzelfallprüfung würde erheblich erleichtert, wenn Gewalttäter automatisch mit einem Waffenverbot nach § 41 WaffG belegt würden. Dazu könnten entweder das Waffengesetz oder das Strafrecht geändert werden. Eine zeitnahe und realistische Möglichkeit hierfür gibt es in diesem Jahr, wenn der Bund das Gesetz über die Errichtung des Nationalen Waffenregisters vorlegen wird. Hier wird Hamburg über den Bundesrat eine Verschärfung der Regeln des § 41 WaffG oder des StGB anstreben. Ein solches automatisches Waffenverbot für Gewalttäter würde nach Einschätzung der Innenbehörde zu deutlich mehr Waffenverboten in Hamburg führen.

4. Gewalttäter müssen in Zukunft damit rechnen, den Führerschein zu verlieren

Gewalttäter müssen in Hamburg künftig damit rechnen, zu einer Medizinisch-Psychologischen Untersuchung (MPU) geladen zu werden und möglicherweise die Fahrerlaubnis zu verlieren. Bislang müssen vor allem solche Fahrer mit einer MPU rechnen, die Verkehrsstraftaten begehen, also zum Beispiel unter Drogeneinfluss oder schwer alkoholisiert am Steuer sitzen. Bei diesen Fahrern bestehen berechtigte Zweifel, ob sie geeignet sind, Auto zu fahren.

Künftig nimmt Hamburg darüber hinaus auch Gewalttäter ins Visier. Denn auch bei Gewalttätern, die bestimmte schwere Straftaten (zum Beispiel gefährliche und schwere Körperverletzungen, Raub, Vergewaltigung) verüben, bestehen große Zweifel, ob sie überhaupt geeignet sind, ein Kraftfahrzeug zu führen; sie könnten aufgrund ihres Aggressionspotenzials für andere Verkehrsteilnehmer eine Gefahr darstellen. In diesen Fällen wird die Polizei künftig den zuständigen Landesbetrieb Verkehr (LBV) über die Tat und den Straftäter informieren (Rechtsgrundlage: § 2 Abs. 12 Satz 1

Straßenverkehrsgesetz). Der LBV wird dann anordnen, dass sich der Straftäter bis zu einem bestimmten Zeitpunkt einer MPU unterziehen muss, in der festgestellt wird, ob er weiter Autofahren darf oder nicht. Die Kosten sind vom Straftäter zu tragen.

Federführung Behörde für Schule und Berufsbildung:

5. Bessere berufliche Perspektiven für Jugendliche / Neue „Jugendberufsagentur“ soll eingerichtet werden

Die Behörde für Schule und Berufsbildung wird federführend unter Beteiligung weiterer Fachbehörden ein System entwickeln, in dem allen schulpflichtigen Jugendlichen schulische und berufliche Zukunftsperspektiven geboten werden – insbesondere solchen jungen Menschen, die zurzeit keine Arbeit oder keinen Ausbildungsplatz haben. Dazu soll künftig unter anderem eine neue „Jugendberufsagentur“ eingerichtet werden, welche für die Jugendlichen Beratungsgespräche und Qualifizierungsmaßnahmen organisiert. Ziel ist es, den betroffenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Chance auf eine regelmäßige Beschäftigung zu geben. Diese beruflichen und dadurch auch finanziellen Perspektiven sollen gesellschaftliche und soziale Ausgrenzung mit allen negativen Folgen wie Frustration und gewalttätige Reaktionen vermeiden. Die mangelnde berufliche Perspektive ist ein gewichtiger Risikofaktor im Leben jugendlicher Gewalttäter. Die Aufnahme einer regelmäßigen Arbeit oder die Möglichkeit, eine Ausbildung zu absolvieren, können positive Wendepunkte für den weiteren Lebenslauf sein und kriminelle Karrieren verhindern.

6. Schulbesuch an Berufsschulen wird auch künftig überwacht / Neue Ausbildung zu Anti-Gewalt-Koordinatoren

Das zunächst zeitlich befristet angelegte Projekt zur Überwachung des Schulbesuchs an Beruflichen Schulen in Hamburg wird dauerhaft fortgesetzt. Die seit dem Schuljahr 2008/2009 eingesetzten 27 als Assistenten für die Überwachung des Schulbesuchs an Beruflichen Schulen in Hamburg, ehemalige Mitarbeiter der Asklepios-Kliniken, stellen die Teilnahme der Berufsschüler am Unterricht sicher und sollen so auch negativen Schulkarrieren vorbeugen. Ziel ist es, das Schulschwänzen weiter einzudämmen, denn das Schwänzen ist ein Risikofaktor für kriminelle Karrieren Jugendlicher und in der Folge auch junger Erwachsener. Die Schulassistenten erfassen Schüler, die den Unterricht versäumen oder sich ständig verspäten, nehmen Kontakt mit den Eltern, Erziehungsberechtigten oder Ausbildungsbetrieben auf und bereiten normverdeutlichende Gespräche vor. Darüber hinaus nehmen sie Hausbesuche vor, organisieren Weck- und Abholdienste, halten den Kontakt zu externen Stellen (z.B. REBUS oder ASD) und beantragen Zwangsgelder.

Neben der Verstärkung der Stellen für die Mitarbeiter sollen die 27 Schulassistenten darüber hinaus zu so genannten Anti-Gewalt-Koordinatoren an Berufsschulen qualifiziert werden, die unter anderem Straftaten an Schulen der Polizei melden, Ordnungsmaßnahmen als Reaktion auf Gewaltdelikte koordinieren, den Kontakt zu den Opfern suchen und die Eltern gewalttätiger Schüler in die Schule bestellen.

Federführung Behörde für Soziales, Gesundheit, Familie und Verbraucherschutz:

7. Auf- und Ausbau gewaltpräventiver Netzwerke auf lokaler Ebene

Die Sozialarbeit vor Ort in den Bezirken wird weiter verstärkt, um Konflikte zu lösen, Integration zu fördern, Gewalt, Kriminalität und Vandalismus zurückzudrängen und den Bewohnern in ihrem sozialen Umfeld ein sichereres Gefühl zu vermitteln. Ziel ist der Ausbau der kommunalen Gewaltprävention durch das Zusammenwirken von Bürgern, bezirklichen Stellen, Polizei und Sozialeinrichtungen, um dadurch zum Beispiel Zugänge zu schwer erreichbaren Gruppen Jugendlicher und junger Erwachsener zu erhalten. Dazu werden die so genannten „Sozialraumorientierten Fachgespräche zur Gewaltprävention“, die bisher unregelmäßig in einzelnen Stadtteilen Hamburgs stattfanden, in Zukunft dreimal jährlich in jedem Bezirk durchgeführt. An den Fachgesprächen sind Schulen, Jugendhilfe, Bezirkspolitik, Medien, Polizei und Anwohner in gewaltbelasteten Regionen beteiligt. Sie unterstützen den Aufbau von Netzwerken und lokaler Präventionsstrategien, halten den Kontakt mit Behörden, Institutionen und Vereinen und untersuchen, ob sich entwickelte Maßnahmen zur Prävention in der Praxis bewähren. Beispiel für eine gelungene Vernetzung ist der Bezirk Harburg mit der dortigen Sicherheitskonferenz.

8. Kiezläuferprojekt von der Veddel wird auf alle Bezirke ausgedehnt

In Zukunft wird es in jedem Hamburger Bezirk ein so genanntes Projekt „Kiezläufer“ geben, um die Gewaltprävention weiter zu stärken. „Kiezläufer“ haben drei Hauptaufgaben: Sie zeigen in den Abendstunden Präsenz im Stadtteil und verbessern dadurch das Sicherheitsempfinden der Bürger; sie geben Hilfe zur Deeskalation in Krisensituationen; und sie sprechen verhaltensauffällige Jugendliche, die nicht von den Einrichtungen der Jugendhilfe erreicht werden, auf deren Probleme an und weisen auf bestehende Angebote hin, zum Beispiel in der beruflichen Bildung.

Bei der Ausweitung des Kiezläufer-Projektes wird auf die Erfahrungen in Veddel zurückgegriffen, die mit Jugendlichen nach mehreren spektakulären Vorfällen von Jugendgewalt im Jahr 2009 gemacht wurden.

Vor dem Hintergrund der Vorfälle wurde auf der Veddel ein breites Bündnis von Institutionen aus Schule, Jugendhilfe, Polizei und Kirchengemeinde, darunter auch die Islamische Gemeinde Veddel, aktiv, auf dessen Initiative das in Berlin entwickelte „Kiezläuferprojekt“ eingeführt wurde. Die Kiezläufer, die seit Mitte März 2010 auf der Veddel arbeiten, sind acht junge Erwachsene, die speziell in den Themenbereichen Konfliktaustragung und Mediation ausgebildet wurden. Sie sind im Stadtteil aufgewachsen, sind bei den Jugendlichen bekannt und akzeptiert und haben den Status des „älteren Bruders“ inne.

Federführung Justiz- und Innenbehörde: Bundesratsinitiativen zur Verschärfung des (Jugend-) Strafrechts

9. Einführung des Warnschussarrestes

Zur Verbesserung der Sanktionsmöglichkeiten nach Straftaten setzt sich Hamburg für die schnelle Einführung eines Warnschussarrestes ein. Mit diesem Warnschussarrest wird dem Richter die Möglichkeit gegeben, neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe zusätzlich einen Jugendarrest zu verhängen. Die gerichtliche Verhängung und der sofortige Vollzug eines Warnschussarrestes gleich zu Beginn der Bewährungszeit soll den jugendlichen Tätern deutlich vor Augen führen, mit welchen Konsequenzen sie rechnen müssen, wenn sie ihr Verhalten nicht ändern. Denn Freiheitsstrafen, die zur Bewährung ausgesetzt sind, nehmen junge Gewalttäter häufig nicht als spürbare Sanktion, sondern als „Freispruch zweiter Klasse“ wahr; sie verlassen den Gerichtssaal mit

dem Gefühl, „günstig“ davon gekommen zu sein und begehen möglicherweise innerhalb kürzester Zeit weitere Straftaten – weil sie „ja vom Staat nichts weiter zu befürchten haben“. Hamburg wird sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass die Bundesregierung zügig einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorlegt. Auch im aktuellen Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist die Schaffung eines Warnschussarrestes vorgesehen.

10. Nur noch in Ausnahmefällen Jugendstrafen für 18- bis 20-jährige Täter

Hamburg wird sich über den Bundesrat dafür einsetzen, dass das allgemeine Strafrecht grundsätzlich für über 18-jährige Täter angewendet wird. Durch eine Änderung des § 105 Jugendgerichtsgesetz soll klargestellt werden, dass die Anwendung von Jugendstrafrecht auf 18- bis 20-jährige junge Erwachsene lediglich im Ausnahmefall in Betracht kommt – und zwar nur bei solchen Tätern, bei denen eine erhebliche Entwicklungsverzögerung vorliegt und die deshalb mit den Maßnahmen des Jugendstrafrechts noch zu erreichen sind. Wer volljährig ist, übernimmt alle Rechte und damit auch alle Pflichten eines mündigen Erwachsenen. Daher muss er auch mit allen strafrechtlichen Konsequenzen rechnen, wenn er Straftaten begeht. Insofern muss ein 18-jähriger Mörder auch grundsätzlich mit einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe rechnen.

11. Erhöhung der maximalen Jugendstrafe von 10 auf 15 Jahre

Wer als Jugendlicher schwerste Straftaten, zum Beispiel Mord, begeht, soll künftig bis zu 15 Jahren ins Gefängnis gehen. Gegenwärtig beträgt die Höchstdauer der Jugendstrafe zehn Jahre. Mehrere Tötungsdelikte in der jüngsten Vergangenheit haben gezeigt, dass dieses Strafmaß bei schwerster Kriminalität junger volljähriger Täter nicht ausreicht. Mit der Anhebung der Höchststrafe soll deutlich werden, dass das Jugendstrafrecht kein stumpfes Schwert ist und dass auch schwerste Straftaten angemessen geahndet werden können. Hamburg wird die Bundesregierung über den Bundesrat auffordern, einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen.

12. Vereinfachte Untersuchungshaft für gefährliche Wiederholungstäter

Damit gefährliche Straftäter vereinfacht in Untersuchungshaft genommen werden können, um die Menschen vor weiteren schweren Straftaten zu schützen, sollen die Voraussetzungen des Haftgrundes der Wiederholungsgefahr erweitert werden. Um die Prüfung des Haftgrundes der Wiederholungsgefahr zu erleichtern – insbesondere die Prognose, ob von einem gefährlichen Straftäter auch weiterhin eine Gefahr für die Allgemeinheit ausgeht –, soll darüber hinaus die Dokumentation der Vorgeschichte der Täter im Erziehungsregister erweitert werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf in den Bundesrat war bereits in der 18. Legislaturperiode durch den Senat vorbereitet worden und wird nun wieder aufgegriffen.

Für Rückfragen:

<p>Pressestelle der Innenbehörde Frank Reschreiter; Tel.: 428 39-26 73 E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de</p>	<p>Pressestelle der Sozialbehörde Julia Seifert Tel.: 428 63-28 89 E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de</p>	<p>Pressestelle der Justizbehörde Dr. Thomas Baehr; Tel.: 428 43-31 43 E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de</p>	<p>Pressestelle der Schulbehörde Jasmin Eisenhut; Tel.: 428 63-20 03 E-Mail: Jasmin.eisenhut@bsb.hamburg.de</p>
--	--	--	--

Hintergrundinformationen:

Gewaltkriminalität – die Lage in Schlaglichtern

Die Kommission erstellte in einem intensiven Austausch zwischen Experten aus den Bereichen Jugend- und Sozialarbeit, Schule, Berufsbildung, Staatsanwaltschaft, Justiz und Polizei ein Lagebild. Dieses Lagebild beruht auf einer zusammenfassenden Betrachtung der Polizeilichen Kriminalstatistik der vergangenen zehn Jahre, einer Aktenanalyse des Landeskriminalamts sowie auf weiteren Beiträgen der beteiligten Behörden. Wichtiger Hinweis: Die nachfolgende Kurzdarstellung ist auf wesentliche Kernaussagen in Schlaglichtern zusammengefasst worden und enthält zum Teil Annäherungswerte, Auf- und Abrundungen.

Rückgang der Straftaten insgesamt (-16,7%), Gewaltkriminalität -2,5%

Die Lage weist aus, dass Hamburg sicherer geworden ist. Seit zehn Jahren ist die Zahl der Straftaten insgesamt rückläufig (2000: 284.272 Taten, 2009: 236.824 Taten = -16,7 Prozent). Im Bereich der Gewaltkriminalität hat die positive Zehn-Jahres-Bilanz in 2009 eine Abschwächung erhalten. Dort stiegen die Zahlen 2009 an, allerdings ohne den hohen Stand aus dem Jahr 2000 wieder zu erreichen (2000: 9.816 Delikte, 2009: 9.574 Delikte = -2,5 Prozent). Wesentliche Delikte aus dem Bereich der Gewaltkriminalität sind Mord, Totschlag, Körperverletzung mit Todesfolge, Raub, räuberische Erpressung, gefährliche und schwere Körperverletzung. Obwohl diese Straftaten nur rund 4 Prozent aller registrierten Delikte ausmachen, wirken sie sich erheblich auf das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung aus; einzelne Taten finden einen großen Widerhall in den Medien.

Weniger Raubdelikte, mehr Körperverletzungen

Prägend für die Entwicklung der Gewaltkriminalität in Hamburg in den vergangenen zehn Jahren sind Raubdelikte (starke Abnahme, 2000: 5.945 Taten, 2009: 2.971) und gefährliche/schwere Körperverletzungen (starker Anstieg, 2000: 3.451, 2009: 6.328). Etwa zwei Drittel der gefährlichen und schweren Körperverletzungen finden im öffentlichen Raum statt, also auf Straßen, Wegen oder Plätzen einschließlich öffentlicher Verkehrsmittel.

Gewaltkriminalität: Gründe und Hintergründe

Gründe für den Anstieg der gefährlichen und schweren Körperverletzungen im öffentlichen Raum sind die Aufhellung des Dunkelfeldes durch verstärkte polizeiliche Präsenz und eine erhöhte Sensibilität der Bevölkerung (mehr Anzeigen), das veränderte Freizeitverhalten (mehr Taten mit Event-Bezug) sowie Alkohol als Verstärker.

Gefährliche und schwere Körperverletzungen im öffentlichen Raum sind häufig die Folge einer spontanen Eskalation in der Freizeit, meist begangen durch junge Erwachsene. Etwa 40 Prozent der Täter sind alkoholisiert, die Hälfte der Taten wird von mehreren Tätern gemeinschaftlich begangen. Die Tatverdächtigen sind zu mehr als 80 Prozent männlich und etwa zur Hälfte im Alter zwischen 18 und 30 Jahren. Das Durchschnittsalter liegt bei 25 Jahren und hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht.

Zeitlich werden die Taten in Hamburg zu etwa einem Drittel nachts an Wochenenden begangen, im Bereich der Reeperbahn auf St. Pauli zu mehr als 50 Prozent. Hier ist ein Zusammenhang mit dem

Freizeitverhalten und der Eventkultur festzustellen. In ca. 70 bis 80 Prozent der Fälle kannten sich Täter und Opfer nicht oder nur flüchtig. Rund 66 Prozent der Täter und 44 Prozent der Opfer hatten schon früher zum Teil erhebliche Straftaten begangen. In fast 50 Prozent der Fälle waren die Opfer die Anzeigenden. Bei der Ausführung der Taten wird zu mehr als einem Drittel getreten und geschlagen, in einem weiteren Drittel der Fälle werden auch Gegenstände verwendet. Der Einsatz von Messern ist tendenziell eher rückläufig.

Persönliche Risikofaktoren

Hintergründe für kriminelles Verhalten können soziale Benachteiligung (wirtschaftliche Lage, Bildungsdefizite, mangelnde berufliche Integration, Sprachdefizite) und abweichende kulturelle Normen (archaische Männlichkeits- und Ehrkonzepte) sein. Persönliche Risikofaktoren, gewalttätig zu werden, sind eigene Gewalterfahrungen zu Hause, Schul- und Suchtprobleme, Aufenthalt in einem gewalttätigen Freundes- und Bekanntenkreis sowie eigenes mehrfaches gewalttätiges Handeln als verfestigtes Verhaltensmuster.

Der so genannte „Migrationshintergrund“ ist kein Statistikmerkmal der Polizeilichen Kriminalstatistik. Aus einer Studie des LKA Hamburg ergeben sich jedoch Hinweise: Etwa 50 Prozent der Täter sind ohne Migrationshintergrund, 20 Prozent sind deutsche Täter mit Migrationshintergrund, 30 Prozent sind ausländische Täter.

19. Januar 2011/bwa19

Airbus stärkt Endlinienkompetenz in Hamburg

Gespräch zwischen Bürgermeister Christoph Ahlhaus, Wirtschaftssenator Ian Karan und Louis Gallois, CEO von EADS

Mit der Festbestellung von 60 A320 durch Virgin America hat Airbus in dieser Woche die Marke von 10.000 Aufträgen überschritten. Neben der Endlinienfertigung für die Airbus A 320-Familie finden in Hamburg die Montage und Ausrüstung großer Teile der Rumpfsektionen aller Airbus-Modelle sowie die Kabinenausstattung und Lackierung für den Airbus A380 statt. Dieser Auftrag stärkt Hamburg in besonderem Maße.

Gestern trafen sich Hamburgs Erster Bürgermeister **Christoph Ahlhaus**, Wirtschaftssenator **Ian Karan** und **Louis Gallois**, Chief Executive Officer von EADS im Hamburger Rathaus zu einem Gespräch. Themen waren Arbeitsplätze am Standort Hamburg sowie besondere Standortthemen. Hamburg-Finkenwerder ist seit längerem im Gespräch als Standort für die Endlinienkompetenz des A320X, gemeint ist damit der Nachfolger der Airbus A320-Familie. Louis Gallois hat im gestrigen Gespräch bestätigt, dass Hamburg definitiv der Standort dieser neuen Linie wird. Außerdem ging es um das Customer Definition Center. Mit Investitionen von insgesamt 7 Millionen Euro wird eine Halle auf dem Werksgelände in Finkenwerder aufwändig umgestaltet. Dank modernster Computertechnik wird es möglich sein, virtuell durch ein dreidimensionales Modell des schon fertig ausgebauten Flugzeuginnenraums zu gehen. Einkäufer der Fluglinien können wie in einem Möbelhaus in verschiedenen Sitzmodellen Probe sitzen, Teppiche auswählen, Bordküchen und Waschräume unter die Lupe nehmen und am Ende die Flugzeugausstattung nach Wunsch zusammenstellen. Es wird erwartet, dass hier ca.200 Arbeitsplätze entstehen. Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit fördert dieses innovative Projekt, an dem neben Airbus die EADS Innovation, die TUHH und AVIENCO beteiligt sind.

Bürgermeister Christoph Ahlhaus zeigte sich mit dem Gespräch sehr zufrieden: „Einmal mehr zahlt sich aus, dass der Hamburger Senat die Werkserweiterung von Airbus immer vorangetrieben und unterstützt hat. Für Hamburg ist die Luftfahrt einer der wichtigsten Wirtschaftszweige, von der auch kleine und mittelständische Unternehmen in besonderem Maße profitieren. Dass mit dem A320-Nachfolger die Endlinienkompetenz in Hamburg nachhaltig ausgebaut wird, gibt dem Luftfahrtsstandort für die Zukunft ausgezeichnete Perspektiven.“

Für Rückfragen:
Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit,
Susanne Meinecke,
Telefon 040 42841 2239,
Mail: susanne.meinecke@bwa.hamburg.de

17. Januar 2011/bsb17

Stadtteilschulen geben sich eigenes Leitbild

Anmelderunde ab 1. Februar – Senator Wersich: „Starke Schulen bis zum Abitur“

Bildungs- und Sozialsenator Dietrich Wersich sowie Vertreter der Hamburger Stadtteilschulen haben heute den offiziellen Startschuss für die Anmeldeperiode für die neue Schulform gegeben. Vom 1. bis 7. Februar haben Eltern von Viertklässlern die Möglichkeit, sich für die Stadtteilschule als weiterführende Schule zu entscheiden und ihr Kind an einer von 52 Stadtteilschulen anzumelden. Ab dem morgigen Dienstag, 18. Januar, wird zudem hamburgweit mit mehr als 400 Plakaten auf den Stadtinformationsanlagen für die neue Schulform geworben und auf die Anmeldeperiode aufmerksam gemacht. Bereits in den vergangenen Wochen haben viele Stadtteilschulen ihr Profil und ihre Angebote im Rahmen von Aktionstagen vorgestellt. Gestärkt wird das Profil der Stadtteilschulen durch ein Leitbild, welches heute ebenfalls vorgestellt worden ist.

„Der Schüler, ganz gleich welchen Bildungsniveaus, steht in der Stadtteilschule im Mittelpunkt. Das kommt auch in dem Leitbild zum Ausdruck“, sagt **Bildungssenator Dietrich Wersich**. „Ich würde mir wünschen, dass viele Eltern sich für diese neue Schulform entscheiden und ihren Kindern damit die besondere Unterstützung zukommen lassen, die es auf den Stadtteilschulen auf allen Niveaus gibt. Denn das besondere an den Stadtteilschulen ist, dass sie ihren Schülerinnen und Schülern alle Bildungsabschlüsse ermöglichen, vom ersten Abschluss bis zum Abitur. Dabei hat jede Stadtteilschule ihre eigenen Qualitäten: seien es Kooperationen mit außerschulischen Partnern, spezielle Profilangebote und vieles mehr“, so Senator Wersich weiter.

Geprägt wird das neue Schulprofil im Wesentlichen durch die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler, damit ein jeder den für sich bestmöglichen Abschluss erreichen kann. Im Vergleich mit dem Gymnasium ist dabei wesentlich, dass durch den neun- statt achtjährigen Bildungsweg bis zum Abitur die Lerninhalte entzerrt werden und damit mehr Zeit für Persönlichkeitsentwicklung sowie praxis- und projektorientiertes Lernen bleibt.



Die Qualitäten der Stadtteilschulen werden in einem Leitbild deutlich, welches die Schulleitungen der Stadtteilschulen gemeinsam erarbeitet und verabschiedet haben. Das Leitbild verdeutlicht, dass bereits ein schulformbezogenes Netzwerk entstanden ist, und verstärkt das Profil der Stadtteilschule weiter.

Die vier Leitsätze des Leitbildes, denen sich die Schulen gegenüber verpflichtet sehen, lauten wie folgt:

- ✓ Wir wissen: Lernen ist ein individueller Prozess. Wir gestalten und sichern längeres gemeinsames Lernen. Wir fördern exzellente Leistungen jeglicher Art.
- ✓ Wir führen die Schülerinnen und Schüler zu den bestmöglichen Abschlüssen und Anschlüssen. Wir bieten und sichern einen profilgebenden Weg zum Abitur.
- ✓ Wir arbeiten in verlässlichen Netzwerken und Kooperationen, um voneinander zu lernen und ein breites Lern- und Unterstützungsangebot für jede Schülerin und jeden Schüler zu bieten.
- ✓ Wir fördern, fordern und betreuen die Schülerinnen und Schüler durch Teams mit unterschiedlichen Professionen.

Die Stadtteilschule auf einen Blick

Die Stadtteilschulen haben bereits im August 2010 ihre Arbeit aufgenommen. Mit dem bevorstehenden Schuljahr 2011/12 haben sie nun ihre zweite Anmelderunde vor sich. Im neuen Schuljahr gibt es 52 Stadtteilschulen. 37 und damit die meisten Stadtteilschulen sind aus früheren integrierten Gesamtschulen erwachsen, die übrigen sind aus Fusionen hervorgegangen. Viele Stadtteilschulen führen seit vielen Jahren sogenannte Integrationsklassen, in denen Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf erfolgreich beschult werden. Langfristig haben sich alle Stadtteilschulen zum Ziel gesetzt, eine Ganztagschule zu werden. Zurzeit haben rund die Hälfte der Schulen eine Form von Ganztagsbeschulung.

Die neue Schulform Stadtteilschule bietet unter anderem:

- Alle Schulabschlüsse: Erster allgemeinbildender Schulabschluss (früher Hauptschulabschluss), Mittlerer Allgemeinbildender Schulabschluss (früher: Realschulabschluss) und Abitur
- Ein Jahr mehr Zeit bis zum Abitur: Die Prüfungen finden im 13. statt im 12. Schuljahr wie am Gymnasium statt.
- Kleinere Klassen: In den Jahrgangsstufen 5 und 6 sind höchstens 23 Kinder in einer Klasse, in 7 bis 10 höchstens 25 Kinder.
- Keine Abschulung nach Jahrgangsstufe 6.
- Individuelle Lernförderung und vielfältige Wahlmöglichkeiten.
- Unterstützung durch ausgebildete Beratungslehrkräfte bei Problemen.
- Unterstützung bei sonderpädagogischem Förderbedarf.
- An vielen Standorten ganztägige Bildung und Betreuung.
- Intensive Berufs- und Studienorientierung sowie Begabtenförderung.

Für Rückfragen der Medien:

Jasmin Eisenhut

Behörde für Schule und Berufsbildung;

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: Jasmin.Eisenhut@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

19. Januar 2011/bsb19a

Bessere Berufsperspektiven für Jugendliche in Hamburg

Neuausrichtung der Beruflichen Bildung: Senator Wersich stellt neue Maßnahmen vor

„Die Zahl der Abiturienten ist auf Rekordniveau, gleichzeitig haben wir in Hamburg so wenig Schulabbrecher ohne Abschluss wie nie zuvor, und auf dem Ausbildungsmarkt werden nicht Lehrstellen, sondern geeignete Bewerber knapp. Jetzt wollen wir den erfolgreichen Übergang von der Schule zum Beruf in den Blick nehmen, um die Berufsperspektiven junger Menschen weiter zu verbessern und sie auf ihrem Weg in ein erfolgreiches Leben zu unterstützen“, sagt Hamburgs Bildungs- und Jugendsenator Dietrich Wersich. Der Hamburger Senat hat dazu gestern diverse Maßnahmen zur Reform der Beruflichen Bildung auf den Weg gebracht, die bereits zu Beginn des neuen Schuljahres im August greifen sollen und daher jetzt vorbereitet werden müssen.

Senator Wersich: „Unsere bisherigen Maßnahmen haben schon jetzt die Berufsperspektiven zahlreicher junger Menschen verbessert. Mit den nun beschlossenen Maßnahmen bringen wir mehr Berufsorientierung in die Schulen, verkürzen ineffektive Aufbewahrungsmaßnahmen zugunsten von Karrierechancen und begegnen dem Fachkräftemangel der Wirtschaft mit besser gebildeten Schülerinnen und Schülern. Damit ist Hamburg bundesweit Pionier in der Reform beruflicher Bildung.“

Die Reform der Beruflichen Bildung hat folgende Ziele:

- Eine systematische Berufs- und Studienorientierung ab der 8. Klasse schon in allgemeinbildenden Schulen
- Schulpflichtigen Jugendlichen den Übergang in eine berufliche Ausbildung ermöglichen
- „Warteschleifen“ für Jugendliche abbauen
- Angebote für schulpflichtige Jugendliche ohne Ausbildungsplatz oder ohne hinreichende Ausbildungsreife eng an den Rahmenbedingungen und Vorgaben einer Ausbildung orientieren und so einen zügigen Übergang in eine Ausbildung gewährleisten
- Optionaler Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung während der Ausbildung
- Klassenwiederholungen und Abbrecherquoten an beruflichen Gymnasien, Fachoberschulen, vollqualifizierenden Berufsfachschulen sowie Fachschulen reduzieren

Durch diese Maßnahmen sollen nachhaltig bildungsökonomische Effekte erzielt werden, die sich sowohl für die Einzelnen als auch für die sozialen und wirtschaftlichen Systeme positiv auswirken.

Die Reformmaßnahmen sind bis 2013 durch Umschichtungen im Haushalt des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung (HIBB) kostenneutral beziehungsweise in den folgenden Jahren kostensenkend. Die Gründe sind die kürzere Verweildauer im Übergangssystem Schule – Beruf und der frühere Einstieg in die duale Ausbildung beziehungsweise die Erwerbstätigkeit.

Die wichtigsten Reformmaßnahmen im Überblick:

Reform des Übergangssystems

- Die individuelle Berufs- und Studienorientierung wird flächendeckend, systematisch und bereits ab der 8. Klasse begonnen. Die schulischen Angebote der Berufs- und Studienorientierung und die Berufsberatung werden aufeinander abgestimmt und sind fester Bestandteil der schulischen Arbeit.
- Eine flexible Ausbildungsvorbereitung (AV) sorgt für die Erlangung der Ausbildungsreife und für einen schnellen Übergang in eine duale Berufsausbildung.
- Die neue einjährige Berufsqualifizierung (BQ) der Berufsfachschule im Hamburger Ausbildungsmodell richtet sich an schulpflichtige Jugendliche, welche die Ausbildungsreife erlangt und keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden haben. Die Jugendlichen führen das erste Ausbildungsjahr eines dualen Ausbildungsberufs nach Berufsbildungsgesetz oder Handwerksordnung in enger Kooperation mit Betrieben vollständig durch. Danach sollen sie in eine betriebliche Berufsausbildung möglichst unter Anerkennung der erbrachten Leistungen übergehen.

Erwerb der Fachhochschulreife in der dualen Berufsausbildung und in den vollqualifizierenden Berufsfachschulen

- Durch die schulische Zusatzqualifizierung „Dual Plus Fachhochschulreife“ können Auszubildende dreijähriger dualer Ausbildungen ab 2011 mit zusätzlichen 600 Unterrichtsstunden neben dem Berufsabschluss auch die Hochschulzugangsberechtigung erwerben. Gleichzeitig verringern sich die Ausbildungskosten: Gegenüber dem konsekutiven Erwerb der Fachhochschulreife lassen sich bei den Schülerjahreskosten rund 3.000 Euro pro Person einsparen. In den fünf Hamburger zweijährigen vollqualifizierenden Berufsfachschulen kann man ab August 2012 die Fachhochschulreife während der Ausbildung erwerben.

Weiterentwicklung der beruflichen Oberstufe der berufsbildenden Schulen

Sie ist eine wichtige Ergänzung, um Schülerinnen und Schülern individuell sinnvolle Anschlussperspektiven zu ermöglichen und eine Hochschulzugangsberechtigung zu erreichen.

- Die Berufsoberschule (BOS) soll ab dem Schuljahr 2012/13 in den vier Fachrichtungen Technik, Wirtschaft, Sozialwesen sowie Gestaltung angeboten werden. Im Vergleich zum dreijährigen Weg zur allgemeinen Hochschulreife über das berufliche Gymnasium, das Abendgymnasium oder das Hansa-Kolleg verkürzt die BOS die Ausbildungsdauer um ein Jahr und erhöht die Durchlässigkeit für die beruflich Qualifizierten.
- Die Reformen der Oberstufe (Stadtteilschule, Gymnasium und Berufsoberschule) haben spürbare Auswirkungen auf die Bedeutung der beruflichen Gymnasien, da man über sie bisher zu höheren Bildungsabschlüssen gelangte. Sie sollen zukünftig leistungsfähige, beruflich orientierte Schülerinnen und Schüler gezielt fördern, ihnen die allgemeine Hochschulreife und den Übergang in ein fachrichtungsspezifisches Hochschulstudium ermöglichen. Es wird zukünftig mit einer geringeren Schülerzahl in der Vorstufe gerechnet: Von derzeit rund 1.200 auf ca. 450, die sich auf bis zu fünf Standorte verteilen.

Reform der sozialpädagogischen Bildungsgänge

- Die Grundausbildung in der sozialpädagogischen Assistenz und der Zugang zur Erzieherausbildung sollen verbessert und die Ausbildungszeit verkürzt werden. Die Durchlässigkeit zwischen den sozialpädagogischen Bildungsgängen wird erhöht, indem die Ausbildung der vollqualifizierenden Berufsfachschule (BFS) für Sozialpädagogische Assistenz in Teilen auf die

Ausbildung in der Fachschule für Sozialpädagogik angerechnet wird und beide Ausbildungen inhaltlich und organisatorisch besser aufeinander abgestimmt sind. Dadurch wird die Gesamtausbildungszeit für das Absolvieren beider Bildungsangebote um ein Jahr verkürzt. Die Reform der BFS Sozialpädagogische Assistenz soll ab August 2011, die Reform der Fachschule für Sozialpädagogik ab 2013 in Kraft treten.

Sprachförderung an berufsbildenden Schulen

- Ein an berufliche Kontexte angelehntes Sprachförderkonzept wird 2011 zunächst an bis zu fünf berufsbildenden Schulen erprobt und 2012 schrittweise eingeführt. Hiermit sollen insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund während einer betrieblichen Ausbildung gefördert werden.

Vermeidung von Klassenwiederholungen an berufsbildenden Schulen

- Ab dem Schuljahr 2012/13 erhalten zunächst Schülerinnen und Schüler in den Eingangsklassen der Berufsfachschule und des beruflichen Gymnasiums zusätzliche Förderung. Diese wächst dann schrittweise für die Fach- und Fachoberschulen auf.

Qualifizierungsoffensive für Lehrkräfte

- Lehrerinnen und Lehrer der beruflichen Schulen erhalten eine umfassende Beratung und Fortbildung zur Umsetzung der Maßnahmen.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung, Jasmin Eisenhut, Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: Jasmin.Eisenhut@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

20. Januar 2011/bsb20

Zeugnissorgen? REBUS anrufen!

Es ist wieder soweit: Am 28. Januar 2011 erhalten Hamburgs Schülerinnen und Schüler ihre Halbjahreszeugnisse. Diese enthalten wichtige Hinweise zur Entwicklung der schulischen Leistungen in der Einschätzung der Lehrkräfte. Für alle Eltern, Schülerinnen und Schüler, denen das Zeugnis Probleme und Sorgen bereitet, richten die Regionalen Beratungs- und Unterstützungsstellen (REBUS) auch in diesem Jahr einen telefonischen Zeugnisdienst ein.

Erfahrene Schulpsychologen, Sozialpädagogen und Lehrkräfte stehen mit fachkundigem Rat bereit und helfen, Ursachen für die schulischen Schwierigkeiten zu finden und Wege aus einer Krisensituation aufzeigen. Die Beratung ist vertraulich und auf Wunsch auch anonym.

Die Beraterinnen und Berater sind telefonisch erreichbar:

Donnerstag, 27.1., bis Montag, 31.1.2011,
wochentags von 8 bis 16 Uhr, Tel. 428 992 002

Außerdem bietet REBUS eine E-Mail-Beratung nur für Schülerinnen und Schüler an:

Donnerstag, 27.1., bis Freitag, 4.2. 2011,
schueler-zeugnisdienst@bsb.hamburg.de

Zusätzlich bietet das SchullInformationsZentrum (SIZ) täglich Eltern, Schülerinnen und Schülern Informationen und Beratung bei Fragen zu Zeugnissen und zur Schullaufbahn (Tel. 428 99 22 11).

Für Rückfragen der Medien:

Jasmin Eisenhut
Behörde für Schule und Berufsbildung
Tel: (040) 4 28 63 – 2003
E-Mail: Jasmin.Eisenhut@bsb.hamburg.de

oder

Thomas Juhl
Leiter REBUS
Tel: (040) 4 28 86 – 740
E-Mail: thomas.juhl@bsb.hamburg.de

16. Januar 2011/bsg16

Auswertung der Kita-Beiträge liegt vor

70 Prozent von Erhöhung nicht betroffen – 40 Prozent zahlen nur den Mindestsatz oder gar keine Beiträge – 18 Prozent sind Höchstsatzzahler

Für 44.000 Kita-Kinder zahlen ihre Eltern auch nach der Anpassung der Beiträge im August nicht mehr für die Betreuung als zuvor. Auch in 15 der 105 Hamburger Stadtteilen sind mehr als 90 Prozent der Kinder gar nicht von der Beitragserhöhung betroffen, darunter in Stadtteilen wie Steilshoop (92 Prozent ohne Mehrbelastung), Billstedt (93 Prozent), Dulsberg (95 Prozent) oder Veddel (99 Prozent). Das hat eine Auswertung der Sozialbehörde jetzt gezeigt, nachdem die Bezirksämter alle Kita-Gutscheine unter den neuen Bedingungen ausgestellt haben.

Die jetzt von der Sozialbehörde vorgenommene Auswertung zeigt, dass mehr als zwei Drittel der Kinder (68,7 Prozent, 44.000 Kinder) abgesehen von der sozial gestaffelten Erhöhung des Essensgeldes, die bereits im Mai erfolgte, gar nicht von der Anpassung der Elternbeiträge betroffen sind. Analysiert man diese Daten nach Stadtteilen, ist festzustellen, dass insbesondere in sozial schwächeren Stadtteilen nur sehr wenige Eltern einen höheren Beitrag leisten müssen.

Für 40 Prozent der Kinder zahlen die Eltern nur den Mindestbeitrag oder leisten keinen Eigenanteil

Außerdem zeigt die neue Auswertung, dass die Eltern von mehr als 24.000 Kindern in Hamburg nur den Mindestsatz zahlen (37,8 Prozent) und weitere 1.500 Kinder sogenannte „Nullzahler“ (1,5 Prozent) sind, also für sie gar kein Elternbeitrag zu zahlen ist.

Für 18 Prozent der Kinder wird der neue Höchstsatz gezahlt

Insgesamt zahlen die Eltern von 11.600 Kindern den neuen Höchstsatz. Das entspricht einer Quote von 18,2 Prozent. Bei der alten Gebührenstaffel waren es rund 27 Prozent der Kinder, für die der Höchstsatz gezahlt worden ist. Bei den behinderten Kindern liegt die Quote der Höchstsatzzahler im Übrigen bei 7 Prozent und damit deutlich unter dem Wert der nicht behinderten Kinder. Insgesamt sind hier 104 Kinder betroffen.

In einigen Stadtteilen liegt die Quote der Kinder, für die ihre Eltern den neuen Höchstsatz zahlen, bei mehr als einem Drittel. Zu den Stadtteilen gehören beispielsweise die HafenCity (38,5 Prozent

Höchstsatzzahler), Eppendorf (43,2 Prozent), Harvestehude (44 Prozent), Blankenese (48,1 Prozent) oder Nienstedten (54 Prozent).

„Damit sind Befürchtungen widerlegt, dass Eltern mit wenig Einkommen durch die Beitragserhöhung daran gehindert würden, ihre Kinder in eine Kita zu geben. Denn sie sind gar nicht betroffen“, so **Sozialsenator Dietrich Wersich**. „Es bleibt dabei: Gerade für Eltern in schwierigen sozialen Lagen ist der Besuch einer Kita in Hamburg günstiger als in vielen anderen deutschen Städten. Darüber hinaus gilt unser Wort: Wenn die Ursachen für die Erhöhung, nämlich die massiven Steuereinbrüche durch die Wirtschafts- und Finanzkrise, überwunden sind, würden wir die Eltern wieder entlasten. Das ist nur konsequent.“

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Julia Seifert

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de;

Internet: www.hamburg.de/bsg/

20. Januar 2010/bsg20

Arbeit mit Jungen wird gestärkt

Weitere Projekte sollen die vorhandenen guten Ansätze ergänzen

Lange Zeit hat sich die geschlechterspezifische Arbeit mit Jugendlichen auf das Fördern von Mädchen konzentriert, weil sie als die Gruppe der Benachteiligten galten. Inzwischen bleiben Jungen aber häufiger als Mädchen ohne Schulabschluss, haben oft insgesamt schlechtere Bildungschancen und sind häufiger durch Gewalt- und Kriminalität belastet. Der Hamburger Senat und die zuständigen Behörden haben auf diese Entwicklung seit Längerem reagiert und verstärkt die geschlechterspezifische Arbeit mit Jungen gefördert. So hat zum Beispiel eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Behörden und Fachkräften der Kinder- und Jugendarbeit, „Leitlinien für eine geschlechtsbewusste Jungenarbeit und -pädagogik“ formuliert. Über die Anstrengungen in der Jungenarbeit hat der Senat der Bürgerschaft einen Bericht vorgelegt. Dieser wird in der Bürgerschaftssitzung am heutigen Donnerstag debattiert.

„In den vergangenen Jahrzehnten hat sich viel um die Förderung von Mädchen gedreht. Ich würde nicht sagen, dass Jungs dabei außen vor gelassen worden sind, dennoch finde ich es wichtig, dass auch sie nun stärker in den Blick genommen werden. Denn auch Jungen werden durch verkrustete Rollenbilder daran gehindert, sich frei nach ihren Interessen, Fähigkeiten und Neigungen zu entwickeln. Eine wesentliche Aufgabe in der Arbeit mit Jungen muss es deshalb sein, Rollenzuschreibungen zu hinterfragen und die Vielfalt möglicher männlicher Lebensentwürfe zu vermitteln“, so **Senator Dietrich Wersich**. „Daran arbeiten wir in Kitas und Schulen, in der Jugendhilfe sowie in der freien Kinder- und Jugendarbeit intensiv. Die Auflistung dessen, was in Hamburg passiert, um die Arbeit mit Jungen zu stärken, zeigt, wie wichtig uns dieses Thema ist.“

Neben den neu entwickelten Leitlinien zur geschlechterbewussten Jungenarbeit und -pädagogik, die allen Jugendhilfeeinrichtungen und Schulen zur Verfügung gestellt werden, sind es vor allem folgende Punkte, die die geschlechterspezifische Arbeit mit Jungen fördern sollen:

- Die Zusammensetzung des Landesjugendhilfeausschusses und der bezirklichen Jugendhilfeausschüsse wurde um spezifischen Sachverstand erweitert. Dort soll nun mindestens „eine in der Jungenarbeit erfahrene Person“ vertreten sein.
- Am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung hat eine Arbeitsgruppe „Jungenpädagogik“ ihre Arbeit aufgenommen. Zudem wurde am Landesinstitut eine halbe Stelle im Bereich „Gesundheitsförderung, Sexualerziehung und Gender“ mit dem Schwerpunkt der geschlechtsspezifischen Arbeit mit Jungen geschaffen.

- Am 26. Februar 2011 wird eine Fachtagung zum Thema Jungenpädagogik stattfinden. Dort werden in Fachvorträgen und Workshops aktuelle Themen für die Arbeit mit Jungen vorgestellt.

Außerdem hat die Sozialbehörde das Projekt „Soziale Jungs Hamburg“ initiiert, das der Arbeiter-Samariter-Bund Hamburg unter anderem mit Unterstützung aus dem Europäischen Sozialfond und der Sozialbehörde anbietet. Ziel des Projektes ist es zum einen die „Jungs“ über Praktika für soziale Berufe, zum Beispiel als Erzieher in einer Kita, zu gewinnen. Außerdem soll durch das Projekt in der Öffentlichkeit sichtbar werden, über welche sozialen Kompetenzen Jungen und junge Männer verfügen, dass sie eben deutlich mehr sind als „Harte Jungs“.

Für Rückfragen der Medien:

Julia Seifert

Pressestelle der Behörde für Soziales,
Familie,
Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel.: (040) 428 63 - 2889
E-Mail: julia.seifert@bsg.hamburg.de

Jasmin Eisenhut

Pressestelle der Behörde für Schule
und Berufsbildung
Tel: (040) 428 63 - 2003
E-Mail: jasmin.eisenhut@bsb.hamburg.de

21. Januar 2011/bsg21

Wieder mehr Geburten in Hamburg

Die Geburtenzahl in Hamburg ist in 2010 gestiegen. Bei 20.233 Geburten kamen in der Hansestadt 20.629 Kinder zur Welt. Damit wurde nicht nur der Wert des Vorjahrs um 3,5 Prozent überschritten (2009: 19.937 Kinder bei 19.583 Geburten), sondern auch die Zahl von 2008 (20.205 Kinder bei 19.871 Geburten) noch übertroffen. „Die hohe Zahl der Geburten unterstreicht nicht nur die Attraktivität der Hamburger Geburtshilfen mit der herausragenden Versorgung der Früh- und Neugeborenen“, so Gesundheitssenator Dietrich Wersich. „Auch die guten Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Hansestadt tragen ihren Teil dazu bei, dass sich wieder mehr Familien für Kinder entscheiden.“

Krankenhaus (alphabetisch)	Kinder 2009	Geburten 2009	Kinder 2010	Geburten 2010
Albertinen-Krankenhaus	1.889	1.859	1.918	1.889
Asklepios Klinik Altona	2.623	2.559	2.654	2.580
Asklepios Klinik Barmbek	2.759	2.696	2.770	2.700
Asklepios Klinik Harburg	803	804	708	710
Asklepios Klinik Nord	1.777	1.734	1.675	1.644
Asklepios Klinik Wandsbek	809	808	946	944
Bethesda Krankenhaus Bergedorf	838	839	824	830
Agaplesion Diakonieklinikum Hamburg (BT Elim)	1.176	1.179	1.336	1.335
Ev. Amalie-Sieveking- Krankenhaus	890	892	977	974
Helios Mariahilf Klinik Hamburg	1.469	1.439	1.557	1.531
Katholisches Marienkrankenhaus	2.513	2.487	2.642	2.604
Universitätsklinikum Hamburg- Eppendorf	2.262	2.158	2.499	2.369
Krankenhäuser insgesamt	19.808	19.454	20.506	20.110
Geburtshaus Hamburg	129	129	123	123
Geburten in Einrichtungen insgesamt	19.937	19.583	20.629	20.233

Quelle: Hamburger Krankenhäuser und Geburtshaus Hamburg

Die höchsten Geburtenzahlen haben auch im Jahr 2010 die Geburtshilfen der Asklepios Klinik Barmbek (2.700 Geburten), der Asklepios Klinik Altona (2.580), das Marienkrankenhaus (2.604) sowie das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (2.369) zu verzeichnen. Die höchsten Steigerungen im Vergleich zum Vorjahr melden für 2010 das Agaplesion Diakonieklinikum Hamburg, das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf und die Asklepios Klinik Wandsbek.

Für Rückfragen der Medien:

Rico Schmidt,

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsg

20. Januar 2011/bwf20

Hochschulbau-Finanzierung soll neue Organisationsform erhalten

Der CDU-geführte Senat steht zu seinem Wort, künftig bis zu 100 Millionen Euro jährlich für den Hochschulbau in der Stadt bereitzustellen. Schon im Sommer 2008 hatte er deutlich gemacht, dass es erhebliche Investitionsbedarfe bei den Hochschulen, insbesondere an der Universität Hamburg, gebe. Die Senatorin für Wissenschaft und Forschung hatte dazu die Studie zur baulichen Entwicklung der Universität Hamburg in Auftrag gegeben.

Aber auch die anderen Hochschulen haben Investitionsbedarfe, die nicht länger hinten anstehen dürfen. Aufgrund der veränderten politischen Rahmenbedingungen hat der Senat Vorsorge getroffen, dass im Haushalt ausreichend Planungsmittel zur Verfügung stehen, damit wie vorgesehen nach dem Ergebnis des städtebaulichen Wettbewerbs mit den notwendigen Ausführungsplanungen begonnen werden kann. Danach hat der neue Senat ausreichend Zeit, die Gespräche um das geeignete Finanzierungsinstrument zu Ende zu führen und rechtzeitig im neuen Haushaltsentwurf Vorsorge zu treffen.

Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach: „Der CDU-geführte Senat hat die bauliche Entwicklung der Hamburger Hochschulen zum investiven Schwerpunkt der nächsten Jahre erklärt und dafür die notwendigen Planungsmittel vorgesehen. Mit den konkreten Baumaßnahmen für den neuen Campus Bundesstraße kann erst 2013 begonnen werden. Deshalb müssen die dafür benötigten Mittel auch erst im nächsten Doppelhaushalt veranschlagt werden. Insoweit handelt der Senat konsequent und steht zu seinem Wort. Im Übrigen stehen für dringliche Sanierungsmaßnahmen und unverzüglich anstehende Bauinvestitionen im aktuellen Doppelhaushalt über 123 Mio. Euro zur Verfügung.“

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

20.01.2011/bkm20

Behörde zeichnet Künstlerischen Leiter der Hamburger Camerata aus Senator-Biermann-Ratjen-Medaille an Max Pommer

Professor Dr. Max Pommer wurde heute von Kultursenator Reinhard Stuth mit der Senator-Biermann-Ratjen-Medaille der Freien und Hansestadt Hamburg ausgezeichnet. Der Künstlerische Leiter der Hamburger Camerata erhielt die Medaille heute für seine vielfältigen Verdienste in der Musik – sowohl in Hamburg als auch bundesweit.

Reinhard Stuth, Senator für Kultur und Medien: „Seit nunmehr 25 Jahren wird das Hamburger Musikleben um den besonderen Musiziergeist bereichert, der die Hamburger Camerata beseelt. Diesen Geist verdanken wir in erster Linie Professor Max Pommer. Er hat das Orchester geschult und ihm ein eigenes Profil gegeben. Und er hat es geschafft, der Camerata mit einem Dialog von bekannten und unbekanntem Werken ein beständiges Publikum zu erspielen.“

Die Senator-Biermann-Ratjen-Medaille wurde 1978 vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg im Gedenken an die Verdienste des Kultursenators Hans-Harder Biermann-Ratjen gestiftet. Es handelt sich um eine Auszeichnung für Personen, die sich mit ihren künstlerischen und kulturellen Leistungen um Hamburg verdient gemacht haben.

Max Pommer wurde am 9. Februar 1936 in Leipzig geboren. Er besuchte die Leipziger Thomasschule und gründete das dortige Neue Bachische Collegium Musicum. Nach Stationen in Leipzig, Salzburg und seiner Professorentätigkeit in Saarbrücken arbeitet Max Pommer seit 1991 mit der Hamburger Camerata zusammen, deren Künstlerischer Leiter er im Jahr 2001 wurde. Seit seiner Emeritierung im Jahr 2003 widmete Max Pommer sich verstärkt seinen nationalen und internationalen Verpflichtungen und seiner Konzerttätigkeit mit der Hamburger Camerata.

Für Rückfragen:

Stefan Nowicki

Pressestelle der Behörde für Kultur und Medien

040 / 42824 – 293

stefan.nowicki@bkm.hamburg.de



[Hamburgs Erster Bürgermeister Christoph Ahlhaus enthüllt IBA-Infosteile](#)

Bürgermeister Ahlhaus informiert sich über Fortschritte des IBA-Projektes Energiebunker

Länger als ein halbes Jahrhundert stand der Hochbunker an der Neuhöfer Straße stumm und leer im Herzen des Reiherstiegviertels. Am heutigen **Mittwoch, den 19. Januar 2011** erhielt der gewaltige Koloss aus rund 80.000 Kubikmetern Stahlbeton eine Landmarke: Mit der Enthüllung der IBA-Informationsstelle durch den **Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Christoph Ahlhaus, IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg und Dr. Michael Beckereit, Geschäftsführer HAMBURG ENERGIE** wird das geplante Projekt für

iba19

Hamburg, den 19. Januar 2011. „Hamburg zeigt mit der Internationalen Bauausstellung ein lebenswertes, modernes und ökologiebewusstes Wilhelmsburg. Wenn ein einzigartiges denkmalgeschütztes Bauwerk mit einer bewegten Geschichte wie der ehemalige Flakbunker gesichert und wieder instand gesetzt werden soll, so dass es eines Tages für Besucherinnen und Besucher wieder zugänglich und erlebbar wird, ist das ein großer Erfolg für die IBA, den Stadtteil Wilhelmsburg und die Umwelthauptstadt Hamburg 2011“, sagte der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Christoph Ahlhaus. Der Hochbunker an der Neuhöfer Straße in Wilhelmsburg ist seit seiner Sprengung durch die britische Armee im Jahr 1947 im Inneren völlig zerstört. Die jetzt startenden notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen bereiten das Gebäude für seine zukünftige Nutzung vor. „Nachdem wir im vergangenen Jahr sowohl Gebäudebestand als auch Zerstörungsgrad umfangreich untersucht haben, können wir jetzt mit den notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen beginnen“, sagt **IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg**. Bevor das einsturzgefährdete Betonbauwerk wieder zu neuem Leben erweckt werden kann, stehen ihm Schuttberäumung, eine Wiederherstellung der Statik sowie eine komplette Sanierung der erodierten Betonfassaden bevor.

Eine symbolische Kehrtwende

Im Rahmen der Internationalen Bauausstellung IBA Hamburg soll das ehemalige Kriegsbauwerk, ein Klotz aus Stahlbeton im Herzen des Wilhelmsburger Reiherstiegviertels, zu einem Ausflugsziel werden: Nach der Instandsetzung soll die jetzige Bauruine ein Besuchercafé in luftiger Höhe mit umlaufender Außenterrasse auf der obersten Plattform beherbergen. Die Besucher können vom rund 30 Meter

hohen Bunker eine Aussicht über den ganzen Stadtteil bis in den Hamburger Hafen genießen. Damit erfährt das ehemalige Kriegsbauwerk eine Kehrtwende: Ein friedliches Kapitel kann endlich beginnen, nachdem der Flakbunker während des Zweiten Weltkriegs der deutschen Wehrmacht diente und in dieser Zeit insgesamt 30.000 Menschen Schutz vor Fliegerangriffen gewährte. Das 1947 von der britischen Armee mit dem Ziel der völligen Zerstörung gesprengte Bauwerk war als Mahnmal und stummer Zeitzeuge über 60 Jahre ohne Nutzung. Der heute von der Zeit, Wind und Wetter geschwärzte Koloss im Herzen Wilhelmsburgs ist für die Bewohner längst ein fester Bestandteil ihres Stadtquartiers geworden.

Energiebunker: Kraftwerk erneuerbarer Energien

Geplant ist, dass der Bunker zu einem Kraftwerk erneuerbarer Energien werden soll und als Energiebunker zum möglichen Versorger von Betrieben und Wohngebäuden in den benachbarten Stadtvierteln werden kann. **Dr. Michael Beckereit, Geschäftsführer HAMBURG ENERGIE:** „Der Energiebunker soll eine einzigartige Verbindung von innovativen Technologien sein: Wir wollen Abwärme aus der Industrie nutzen, zusätzliche Wärme mit regenerativen Erzeugungsanlagen erzeugen und diese in einem in den Bunker integrierten Speicher speichern – bis sie gebraucht wird. So könnte Hamburg Energie ein 120 Hektar großes Stadtgebiet sicher mit Wärme beliefern und dabei rund 6.600 Tonnen CO₂ im Vergleich zur konventionellen Wärmeversorgung vermeiden.“ Die Umsetzung des Projektes durch Hamburg Energie soll mit EFRE-Mitteln ermöglicht werden; über einen entsprechenden Antrag wird in Kürze entschieden.

Der Energiebunker soll ein Vorbild für einen neuen, innovativen Energieverbund sein, der verschiedene erneuerbare Energieträger so bündelt, dass unterschiedliche Nutzer davon profitieren können. Dazu gehören beispielsweise Wohngebäude, soziale Einrichtungen, Unternehmen und Industrie. Damit wird demonstriert, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien nicht nur auf „Dorfebene“ möglich ist, sondern auch in einem dichtbesiedelten Stadtteil einer Metropole.

Zukunftskonzept Erneuerbares Wilhelmsburg: Wachstum im Einklang mit der Natur

Eines der drei Leitthemen der Internationalen Bauausstellung IBA Hamburg ist die Stadt im Klimawandel. Damit stellt sich die IBA Fragen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung in den Metropolen des 21. Jahrhunderts. Die IBA zeigt Möglichkeiten für eine klimaverträgliche Metropole, die wächst, ohne die Umwelt zusätzlich zu belasten und die Energie erzeugt, statt sie nur zu verbrauchen. In diesem Rahmen entwickelte die IBA das Zukunftskonzept Erneuerbares Wilhelmsburg. Es zeigt,

dass es möglich ist, bereits bis 2025 den Strombedarf der Gebäude auf den Elbinseln zu decken. Mehr noch: Bis 2050 können die Gebäude auf den Elbinseln auch ihren Wärmebedarf durch erneuerbare und lokal erzeugte Energie decken. Wichtige Bausteine sind dabei der Energieberg Georgswerder, der demnächst über 4000 Haushalte mit regenerativem Strom versorgen kann, sowie der Energiebunker, der jetzt zu einer Energiezentrale umgebaut werden soll. Aber auch optimale Gebäudetechnik und ambitionierte Gebäudesanierung sind grundlegende Bausteine des IBA-Klimaschutzkonzeptes.

Infografiken, Visualisierungen und Fotos der Veranstaltung

Eine Übersicht können Sie hier ansehen und herunterladen:

<http://iba-hamburg.eyebase.com>

Pin-Code: NdjRNzE8

(Eine Anmeldung oder die Eingabe persönlicher Daten ist nicht erforderlich)

Die Daten sind 30 Tage ab dem Datum der Veranstaltung verfügbar.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

IBA Hamburg GmbH, Sabine Metzger, sabine.metzger@iba-hamburg.de,

Telefon: 040 / 226 227 – 330

Folgen Sie der IBA Hamburg auf Twitter: http://twitter.com/iba_hamburg

Die IBA Hamburg: Projekte für die Zukunft der Metropole

Die Internationale Bauausstellung Hamburg ist mehr als eine reine Bauausstellung. Sie ist ein Stadtentwicklungsprozess, der sich räumlich auf Wilhelmsburg, die Veddel und den Harburger Binnenhafen fokussiert. Im Rahmen der IBA werden von 2007 bis 2013 zentrale Fragen der aktuellen Metropolenentwicklung wie die Internationalisierung der Stadtgesellschaft – Kosmopolis – und die Gestaltung von inneren Stadträndern – Metrozonen – thematisiert, darüber hinaus die Rolle der Stadt im Klimawandel. Damit entwirft eine Internationale Bauausstellung erstmals das Zukunftsbild der europäischen Stadt im 21. Jahrhundert. Besuchen Sie die zentrale IBA-Ausstellung im IBA DOCK (Am Zollhafen 12, 20539 Hamburg, geöffnet Di bis So, 10.00 bis 18.00 Uhr, Eintritt frei): „**IBA at WORK**“ präsentiert den aktuellen Planungsstand der IBA-Projekte. Weitere Informationen unter www.iba-hamburg.de.

Terminkalender

Vom 24. Januar bis 30. Januar 2011

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 24.01.2011

- 11:00** Hotel Atlantic Kempinski, An der Alster 72
Senator Dietrich Wersich, Senator Heino Vahldieck und Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert besuchen die **Jahresauftaktveranstaltung der Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein.**
- Staatsrat Dr. Detlef Gottschalck nimmt teil.
- 14:30** Haus der Jugend Kirchdorf, Krieterstraße 1
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort anlässlich der Eröffnung des neuen Hauses der Jugend Kirchdorf.**
- 17:00** Offiziersheim der Helmut-Schmidt-Universität, Rodigallee 98
Senator Heino Vahldieck übernimmt die **Schirmherrschaft beim Jahresempfang der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.**
- 18:30** Heiligengeistfeld, Millerntor Stadion, Ballsaal, Haupttribüne
Senator Heino Vahldieck und Staatsrat Rolf Reincke besuchen den **Neujahrsempfang des FC St. Pauli von 1910 e.V.**

Dienstag, den 25.01.2011

- 15:00** Rathaus, Raum II
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann übergibt die **Bewerbungsmappe Hamburgs zur „Fairtrade-Stadt“ an eine Vertreterin von TransFair – Verein zur Förderung des Fairen Handels mit der „Dritten Welt“ e.V.**

Mittwoch, den 26.01.2011

- 11:30** Wiesendamm 133
Senator Heino Vahldieck und Staatsrat Dr. Stefan Schulz nehmen an der **Einweihung des umgebauten Polizeikommissariats 33** teil.
- 12:00** Lufthansa Technik AG, Weg Beim Jäger 193
Bürgermeister Christoph Ahlhaus besucht die **Lufthansa Technik AG.**
- 17:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Christoph Ahlhaus spricht anlässlich der **Einbürgerungsfeier.**
- 17:30** Hafen-Klub, Bei den St. Pauli Landungsbrücken 3
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert begrüßt im Rahmen der Dialogreihe mit Hamburger Unternehmen die Gäste der **Veranstaltung: „Arbeitskräfte und Wettbewerbsvorteile sichern – Lohninbußen durch familienbedingte Erwerbsunterbrechungen verhindern“ des HWWI.**

18:00 Handelskammer, Adolphsplatz 1
Senator Reinhard Stuth spricht ein **Grußwort anlässlich des 62. Indischen Nationalfeiertags.**

Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt teil.

Donnerstag, den 27.01.2011

09:00 Berlin, Deutscher Bundestag, Plenarsaal
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt an der **Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus** teil.

10:00 Polizeiausbildungszentrum, HSG 1, Braamkamp 3
Staatsrat Dr. Stefan Schulz nimmt an der **Gedenkveranstaltung der Polizei Hamburg für die Opfer des Nationalsozialismus** teil.

12:00 Johanneum, Maria-Louisen-Straße 114
Senator Dietrich Wersich spricht anlässlich der **Verabschiedung des langjährigen Direktors des Johanneums, Dr. Uwe Reimer.**

13:30 Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt an der **Vorstandssitzung der BSSSC (Baltic Sea States Subregional Co-operation)** teil.

14:00 Ernst-Deutsch-Theater, Friedrich Schütter Platz 1
Senator Dietrich Wersich spricht ein **Grußwort anlässlich der Verleihung des BERTINI-Preises 2010.**

Freitag, den 28.01.2011

11:00 Studio Hamburg, Jenfelder Allee 80, Atelier 2
Bürgermeister Christoph Ahlhaus, der zweite Bürgermeister Dietrich Wersich, Senator Reinhard Stuth, Staatsrat Dr. Detlef Gottschalck, Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen an der **Verabschiedung von Dr. Martin Willich als Vorsitzendem der Geschäftsführung des Studio Hamburg** teil.

13:00 Rathaus, Bürgermeistersaal
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort anlässlich der Verleihung des Agathe-Lasch-Preises 2010 und übernimmt die Preisverleihung.**

13:30 Tarpenbekstraße 109
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert spricht ein **Grußwort zur Einweihung der Kita Tarpenbekstraße 109 (Auf der Anscharhöhe) der Pestalozzi-Stiftung.**

14:00 Empire Riverside Hotel, Bernhard-Nocht-Straße 97
Senator Dietrich Wersich spricht ein **Grußwort zur Eröffnung des 5. Hamburger Zahnärztetages.**

16:00 Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann spricht ein Grußwort zum Senatsempfang anlässlich des Jubiläums „**150 Jahre Freundschaft Deutschland-Japan**“ mit **einem Vortrag des Botschafters von Japan, Dr. Takahiro Shinyo.**

- 16:00** Habichtstraße 28
Senator Dietrich Wersich und Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert besuchen den **Neujahrsempfang der Techniker Krankenkasse Hamburg.**
- 18:00** ETV Sportzentrum, Ehrenstein 9, ETV-Saal
Staatsrat Rolf Reincke besucht den **ETV-Neujahrsempfang 2011.**
- 19:00** Kulturschloss Wandsbek, Königsreihe 4
Senator Dietrich Wersich beteiligt sich an einer **Diskussionsveranstaltung des „Kulturschloss Wandsbek“ zum Thema: „Soziales und Verteilungsgerechtigkeit“.**
- 20:00** Thalia Theater, Raboisen 67
Senator Reinhard Stuth besucht das **chinesische Gastspiel „Der Unterhändler“**
.Im Rahmen der Lesingtage.

Samstag, den 29.01.2011

- 10:00** Katholische Akademie, Herrengraben 4
Senator Dietrich Wersich beteiligt sich auf dem Pfarrgemeinderatstag im Rahmen der St. Ansgar-Woche an einem Podiumsgespräch zum Thema:
„Herausforderung an eine Pastoral in der Großstadt“.
- 12:00** St. Pauli Theater, Spielbudenplatz 29
Senator Reinhard Stuth und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen am **Neujahrsempfang des St. Pauli Theaters mit Verleihung des Ulrich-Wildgruber-Preises** teil.
- 12:45** Teilfeld 8
Senator Dietrich Wersich besucht den **Neujahrsempfang des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg e.V.**
- 15:00** Leichtathletikhalle, Krochmannstraße 55
Staatsrat Rolf Reincke spricht ein **Grußwort anlässlich des HLV-Verbandtages.**

Sonntag, den 30.01.2011

- 13:30** Alsterdorfer Sporthalle, Krochmannstraße 55
Senator Dietrich Wersich überreicht auf dem **„Hamburger Kinderzauber“** gemeinsam mit Erzbischof Dr. Werner Thissen den SeeYou-Kooperationspreis und ehrt die Kinderdoktoranden des katholischen Kinderkrankenhauses Wilhelmstift.
- 18:00** Helmut-Schmidt-Universität, Holstenhofweg 85 (Eingang Rodigallee)
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort beim Bezirksfestival „Wandsbek macht Musik“.**
- 18:00** Staatsoper Hamburg
Senator Reinhard Stuth und Staatsrat Dr. Nikolas Hill besuchen die **Premiere von „Faust“.**